

# Bürger gegen Atomkraftwerk Brokdorf

## Presse- und Rundfunk-Zitate über die Ereignisse in und um Brokdorf

Am 25./26. 10. 76 wurde nach der 1. Teilgenehmigung des Atomkraftwerks Brokdorf an der Untereibe und der vertraulichen Information von 5 CDU-Zeitungen Schleswig-Holsteins in einer Nacht- und Nebel-Aktion begonnen, den 30 ha großen Bauplatz festungsmäßig zu sichern. Am folgenden Samstag, dem 30. 10. 76 demonstrierten ca 6–8000 Personen, von denen etwa 1–2000 für mehrere Stunden auf den Platz gelangten, bis sie spät abends durch einen Polizeieinsatz wieder vertrieben wurden.

Zu einer weiteren Demonstration am 13. 11. 76 erschienen gegen 30.000 Personen, von denen etwa 27 000 friedlich demonstrierten und etwa 3000 versuchten, den durch Mauer, Stacheldraht, Gräben, Wachschatz und 1300 Polizisten geschützten Bauplatz zu besetzen.

Die Ereignisse fanden im Fernsehen, im Rundfunk und in der Presse im In- und Ausland starke Beachtung. Die Presseberichte und Kommentare sind zum Teil kontrovers, oft falsch und zu wenig differenziert. Das gilt auch für die Schilderung der Ereignisse selbst, die ich am 13. 11. 76 in Brokdorf selbst miterlebte und teilweise in einem Dokumentarfilm festhielt. Zahlreiche Kommentare zeichneten sich durch eine erschreckende Unkenntnis über das tatsächliche Gefahrenpotential von Atomkraftwerken aus und haben nicht erkannt, **weshalb** immer mehr Bürger gegen Atomkraftwerke sind: Weil sie in den letzten Jahren und Monaten durch viele einseitige Anzeigen und Propagandaschriften falsch informiert worden waren, weil das tatsächliche Gefahrenaussmaß verharmlost worden war. Nicht „Emotionslawinen“, sondern zunehmende Sachkenntnis ist der Grund für die wachsende Zahl kritischer Bürger gegen Atomkraftwerke.

Ein ausführlicher Bildbericht und eine umfassende Dokumentation aus mehreren hundert Zeitungen und Zeitschriften wird im März in einer Sonderausgabe von LEBEN UND UMWELT erscheinen, die mit einem voraussichtlichen Umfang von 3 normalen Nrn. DM 6,— kosten wird und gesondert beim Biologie-Verlag (Wiesbaden, Postfach 1449) bestellt werden muß.

In der Dokumentation mit dem voraussichtlichen Titel „Bürger gegen Atomkraftwerke: Grafenrheinfeld – Wyhl – Brokdorf“ werden falsche Darstellungen kritisch kommentiert. Der vom Innenminister in Kiel gelieferte amtliche Polizeibericht wird im vollen Wortlaut abgedruckt und den Widersprüchen des in der Presse abgedruckten „Vertraulichen Polizeibericht“ gegenübergestellt.  
H. Bruns

Nachstehend eine kleine Auswahl von Presse- und Rundfunkzitaten:

Mit Täuschungen bei der Anhörung in Sachen Brokdorfer Kernkraftwerk und milden Gaben für die Gemeinde wurde die Bevölkerung an der Untereibe hingehalten. Dann wurden sie überrumpelt. Die Machtdemonstration in der Marsch mobilisierte vergangene Woche Bundes- und Landespolitiker wie Gewerkschaften. In einem „Polizeistaat“ wännen sich nun viele Marschmenschen, die bereits seit Jahren für die Erhaltung ihrer bis vor kurzem noch intakten Umwelt streiten. Denn auf gut 100 Kilometer Elbufer, von Hamburg bis an die Nordsee entsteht ein Industrierevier von Rhein-Ruhr-Format.  
Der Spiegel

Die Kieler Landesregierung hatte diesen Coup sorgsam vorbereitet: Unternehmen und Ordnungsmächte waren so rechtzeitig ins Bild gesetzt worden, daß für den ersten Spatenstich Hundertschaften Polizei, Kolonnen von Wachmännern und Bauarbeitern nebst allem Zubehör pünktlich parat waren. Mit dem sofortigen Vollzug wurden abermals die Atomgegner überspielt.  
Der Spiegel Nr. 46/1976

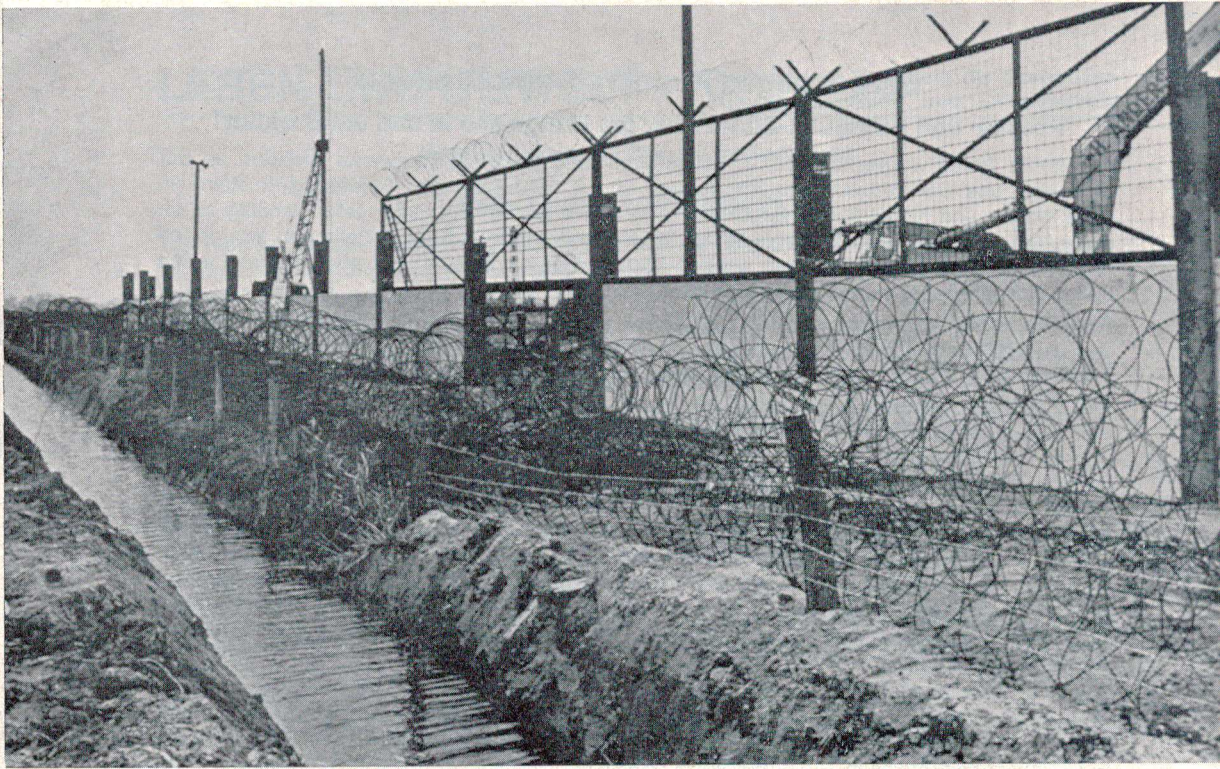
FDP empört. Hier endet die Demokratie.

Norddeutsche Rundschau Okt. 1976

Die Nacht- und Nebelaktion der Kieler Landesregierung ist in unseren Augen ein Schlag gegen den Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland und gegen das Grundgesetz gewesen.  
Die Unabhängigen

Brokdorf, ein Schlag gegen unsere Demokratie. Ausgesprochen faschistischer Polizeiterror.  
Gesundheitspolitische Umschau. Nov. 1976.

Mit einem massiven Aufgebot ging die Polizei in Brokdorf gegen die Demonstranten vor. Der friedlichen Besetzung des Kernkraftwerkgeländes folgte nach wenigen Stunden eine gewaltsame Räumung.  
Kölner Stadtanzeiger 3. 11. 1976



Wassergraben, Stacheldraht und Mauer sichern den Bauplatz des Atomkraftwerks Brokdorf wie eine Festung. Dahinter Wachmänner mit Schäferhunden und Polizeikräfte mit Wasserwerfern (Wasser m. chem. Reizmitteln versetzt)

# PRIVATEIGENTUM BETRETEN VERBOTEN

Der Eigentümer  
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG

## Hier entsteht unser Kraftwerk Brokdorf

Auf dem Gelände befinden sich wertvolle Anlagen und Baumaschinen.  
Bitte haben Sie deshalb Verständnis für unsere Schutz- und Bewachungsmaßnahmen.

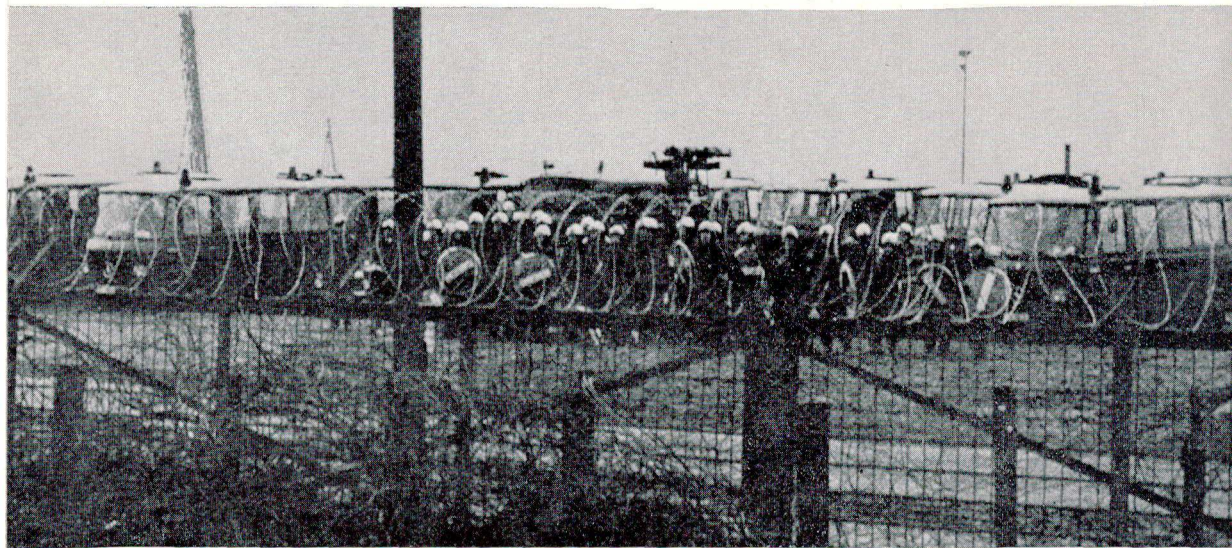
Vielen Dank  
Kernkraftwerk Brokdorf, GmbH







Feldgottesdienst vor der Demonstration am 13. 11. 1976 auf einer Wiese neben dem Bauplatz.



Oben: Polizisten und Wasserwerfer auf dem Bauplatz. Unten: KPD/ML außerhalb des Bauplatzes.



Blutige Schlacht um ein Kernkraftwerk an der Elbe. In der Gemeinde fand die bisher wohl größte Anti-Atomkraftwerks-Demonstration seit Bestehen der Bundesrepublik statt. Zeitweilig erinnerte das Geschehen an eine offene „Feldschlacht“. Da wurden Brückenköpfe erobert, Breschen geschlagen, Drahtzäune überwunden. Neue Ruhr-Zeitung, 2. 11. 76

Mit Wasserwerfern, Schlagstöcken, Stacheldraht und Tränengas, mit einem finanziellen Aufwand von zwei Millionen Mark wurde am vergangenen Wochenende in Brokdorf an der Elbe ein Stück Demokratie zerstört. D. Bub, Radio Bremen. 2. 11. 76.

Kernkraft spaltet den Rechtsstaat. Seit einiger Zeit gibt es den Begriff „Nuklearer Faschismus“. Der Aufmarsch von Polizeihundertschaften mit Gasmasken, Hunden und Wasserwerfern, die nachrückenden Pionierraupen und Stacheldrahtverleger sind für jeden ein bleibender Eindruck. Süddeutsche Zeitung 3. 11. 76.

Die Bevölkerung wird systematisch und gezielt von der Regierung belogen. Widerstand ist ein stolzes Wort, wenn es gegen Lüge, Diktatur und Irrwege geht! Bundeskanzler Schmidt hat aus Anlaß der Wiederkehr des 20. Juli 1944 erklärt, daß der Bürger nicht nur das Widerstandsrecht, sondern auch die Widerstandspflicht habe. E.-O. Cohrs, Vizepräsident des WSL Deutschland, in einem offenen Brief an Ministerpräsident Stoltenberg am 29. 10. 76.

Der rabiate Polizeieinsatz an der Untereibe in Brokdorf wiederholte nur noch einmal den Fehler, den die Polizei in Wyhl schon vorexerziert hatte. National-Zeitung Basel 10. 11. 76. SPD-Landesvorstand: Bau von Kernkraftwerken sofort stoppen. FAZ 3. 11. 76.

Brokdorf ist nur der Anfang. Kölnische Rundschau 12. 11. 76.

Rund 45 Pastoren, Diakone, Kirchenvorsteher und -Mitarbeiter aus Hamburg und Umgebung haben die Bürger Norddeutschlands zum gewaltfreien Widerstand gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf aufgerufen. Harburger Anzeigen und Nachrichten, 12. 11. 76.

Brokdorf gleicht einer Festung Bild am Sonntag 14. 11. 76.

Die vorderste Front, das war am Samstag die etwa zwei Kilometer lange Befestigungslinie im Süden und Osten des 30 Hektar großen Kraftwerksareals; ein martialisch wirkendes Bollwerk aus Stacheldraht, bis zu acht Meter beim Wassergraben, spanische Reiter, Maschendrahtzaun und Betonmauern. T. V. Wolgast, FAZ 15. 11. 76.

Etwa 2000 kamen, um Agitation und Aktion zu proben. Mit Helmen, Drahtscheren und Enterhaken zogen sie am Wochenende gegen die Drahtzäune um das Baugelände. Wiesbadener Tagblatt 15. 11. 76.

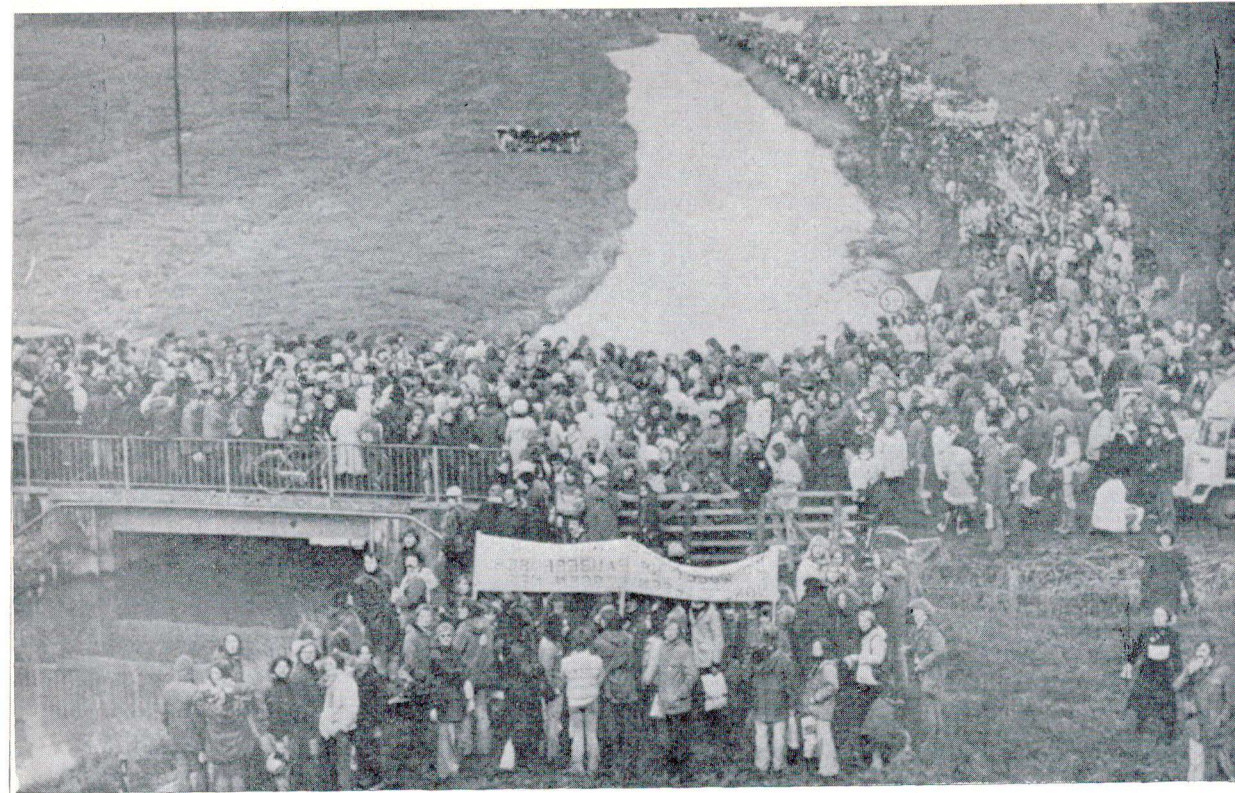
30 000 stürmen Brokdorf; Steine, Blut Tränengas. Welt am Sonntag 14. 11. 76.

K. Norhorn, CDU-Mitglied: „Ich bin maßlos empört über die Äußerungen von Ministerpräsident Stoltenberg. Erst sichert er das Recht auf Demonstration ausdrücklich zu und dann geht die Polizei auf friedliche Demonstranten, die wieder nach Hause wollen, mit Tränengasbomben und Polizeiknüppeln los.“ Hamburger Abendblatt 15. 11. 76

CDU-Bundestagsabgeordneter Dr. Herbert Gruhl ist empört über das Verhalten, das die Polizei in Brokdorf während der Demonstration an den Tag legte. Köln. Rundsch. 16. 11. 76. „Bürgerkrieg“ in der Wilster Marsch. „Die machen die Demokratie kaputt“. Die Zeit 19. 11. 76.

Das ist ja wie im Krieg. Allgemeines Sonntagsblatt 28. 11. 76

Völlig durchnässt, mit tränenden Augen, zogen sich die Pressevertreter wütend zurück. SPD-Landesvorsitzender stellt Strafantrag gegen den zuständigen Minister, die Einsatzleitung der Polizei und eine Hubschrauberbesatzung. Der F.D.P.-Landesvorstand verurteilt, daß die Landesregierung die Teilgenehmigung mit Polizeigewalt durchsetzt. Norddt. Rdsch. 15. 11.



Oben: Tausende von Bürgern, darunter zahlreiche Bürgerinitiativen und Verbände des Natur-, Umwelt- und Lebensschutzes marschieren zum Bauplatz des Atomkraftwerkes Brokdorf.

Unten: Wasserwerfer der Polizei (Wasser ist mit chemischen Reizmitteln angereichert) innerhalb des Bauplatzes im Einsatz gegen Demonstranten (außerhalb des Bauplatzes).



Was die Fernsehteams aus aller Welt – selbst aus Japan war eines erschienen – an der Unterelbe aufnahmen, wirft kein gutes Licht auf die Bundesrepublik. Wenn Planung und Baubeginn einer Anlage derart viele Menschen empören, dann muß dies die Verantwortlichen zwingen, ihr bisheriges Vorgehen gründlich zu überdenken. Augsb. Allgemeine, 11. 76. Polizeigewerkschaft: Brokdorf stoppen. Einen sofortigen Baustop des geplanten Kernkraftwerks in Brokdorf hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Helmut Schirmacher, gefordert. Süddeutsche Zeitung, 16. 11. 76.

Bürger machen Atomkraftwerk mobil und die Politiker flüchten in Entschluß- und Ratlosigkeit. IG Metall 16. 11. 76.

Maihofer gegen Bauvöllzug mit Gewalt. Kernenergie „nur mit dem Bürger“. Kieler Regierung äußert Verwunderung. Wiesbadener Kurier 18. 11. 76.

Versagen der Demokratie. Gezielt servierte der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, vom Tatort aus dem staunenden Fernsehvolk wieder einmal das ganze Bündel jener billigen Argumente, die er offenbar braucht, um Herr der Lage zu bleiben. Frankfurter Rundschau 16. 11. 76.

Die schlechtesten Beispiele an Blindheit oder Arroganz oder beidem lieferte in den letzten Tagen Gerhard Stoltenberg. Kölner Stadt-Anzeiger 17. 11. 76.

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg hat aus den Erfahrungen seines Parteifreundes Filbinger nichts gelernt. Welt der Arbeit 19. 11. 76.

Genscher und Matthöfer für mehr Bürgernähe bei energiepolitischen Entscheidungen. Übereinstimmend wandten sich beide Politiker gegen eine pauschale Verunglimpfung der Gegner von Kernkraftwerken. Spandauer Volksblatt 20. 11. 76.

Die Minister in Bonn, Stuttgart, Hannover und Kiel demonstrieren derweil mit sinkendem Erfolg eine große Koalition der Hilflosigkeit. Man vernimmt von ihnen kaum etwas anderes, als daß irgendwann die Lichter in diesem Land ausgehen und die Arbeitslosigkeit steigt, wenn die erforderliche Energie nicht rechtzeitig zur Verfügung stehe. Stuttg. Ztg., 15. 11. 76.

Wenn die Parlamentarier schlafen. Atom-Aufbruch in Brokdorf. Quittung für politisches Versagen. – Warum brauchen wir Kernenergie? Verbreitete Antwort der Politiker, ohne Kernenergie gingen in unserem Land die Lichter aus, nimmt diese Frage nicht ernst, sondern erfüllt den Tatbestand grober Irreführung. Die Zeit, 19. 11. 76.

Wo kommen wir eigentlich hin? Wir haben uns entschlossen, die vorsorglichen Sicherheitsmaßnahmen durch die Polizei, die uns von einigen so übelgenommen werden, einzuleiten, weil wir aus öffentlichen Erklärungen der Bürgerinitiativen wie auch radikaler Gruppen aus Hamburg und Bremen wußten, was geplant war: Die rechtswidrige Besetzung des Baugeländes vor Baubeginn, die Verhinderung des Baubeginns.

Nach diesem schrecklichen Sonnabend, an dem die Kommunisten und Anarchisten mit planmäßiger Vorbereitung in schlimmster Form Gewalt angewandt haben, indem sie eine friedliche Demonstration bewußt mißbraucht haben, mit Waffen, Totschlägern, mit Molotowcocktails, mit Brandsätzen gegen die Polizei vorgingen ... Ministerpräsident Dr. Stoltenberg, 23. 11. 1976

### **Neue Demonstration am 19. Februar 1977**

Für den 19. Februar 1977 ist zu einer neuen Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf aufgerufen, und zwar in der für Brokdorf zuständigen Kreisstadt Itzehoe. Die Bundesregierung richtete an 5 Bundesverbände ein vierseitiges Schreiben, in dem das Recht zur friedlichen Demonstration und zur Ablehnung von Kernkraftwerken bejaht, Gewaltanwendung jedoch abgelehnt wird.

*Der Deutsche Bund für Lebensschutz sowie die Deutschen Lebensschutzverbände und Bürgerinitiativen e. V.* stehen auf dem Boden des Grundgesetzes und lehnen Anwendung von Gewalt ab. H. Bruns